

„Strukturwandel in der Lausitz – Der bergbaugeprägte Wasserhaushalt der Lausitz und der Spree“

Stellungnahme der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN

Der natürliche Wasserhaushalt der Lausitz ist seit Jahrzehnten entscheidend durch den Bergbau verändert worden. Die extensive Braunkohlenwirtschaft der DDR rief ein gigantisches Grundwasserdefizit von 13 Mrd. m³ in der Lausitz hervor, das in den folgenden dreißig Jahren erst etwa um die Hälfte reduziert werden konnte. Die weiträumig kanalisierte Spree wurde durch die massiven Sumpfungswassermengen vor 1990 in ihrer Fluss-Sohle unnatürlich verbreitert und vertieft. Zwischen den Deichen wachsen seitdem Kiefernwäldchen.

Im Blick auf den sich zukünftig verschärfenden menschengemachten Klimawandel mit steigenden Temperaturen und häufigerer Trockenheit muss die Braunkohlenwirtschaft als Mitverursacher der Klimakrise und der regionalen Wasserhaushaltsprobleme nun künftig auf neue Weise Verantwortung übernehmen:

Im Rahmen eines zwischen Sachsen, Brandenburg und Berlin abgestimmten Wassermanagements ist das Wasser unbedingt stärker in der Landschaft zu halten und nicht so schnell abfließen zu lassen. Das bedeutet die optimale Nutzung der Speicherpotenziale von Stauseen und Bergbau-Folgeseen. Entsprechend dem brandenburgischen Landtagsbeschluss vom Januar diesen Jahres diktiert uns der Klimawandel jedoch nun, die aus den derzeit noch aktiven Tagebauen entstehenden künftigen Seen in Größe, Lage und Form so zu gestalten, dass die enormen Verdunstungsflächen so klein wie möglich ausfallen.

Bereits jetzt weist die Lausitz ca. 125 km² (= 12.500 ha) Bergbaufolgeseen auf und weitere 70 km² sind nach den LEAG-Planungen noch zu erwarten. Wir meinen, dass die Zeit von Billiglösungen durch riesige Flachwasserseen, die die Rekultivierungskosten für die LEAG minimieren, der Allgemeinheit aber auf ewig jährlich Millionen Kubikmeter Verdunstungsverluste bescheren, dass diese Zeit vorbei sein muss. Die notwendige Speicherfunktion der künftig entstehenden neuen Seen kann und muss mit kleinerer Oberfläche und größerer Tiefe erreicht werden. Damit stünde auch mehr rekultivierbare Landfläche für Landwirtschaft und Naturschutz zur Verfügung.

Eine weitere Möglichkeit, das bergbaubedingte Grundwasser-Defizit einzuschränken, wäre die landespolitische Entscheidung, auch vom Bergbau-Betreiber LEAG die lt. Brandenburgischem Wassergesetz mögliche Gebühr von 11,5 Cent pro gehobenem Kubikmeter Grundwasser zu erheben. Denn dem Landeshaushalt entgehen damit seit Jahrzehnten ca. 10 Mio. €/ Jahr.

Unter Berücksichtigung der hier angeführten Fakten kann der Bergbau also einen Beitrag zur Wiederherstellung eines einigermaßen klimaresilienten Wasserhaushalts in der Lausitz leisten, auch wenn die Verdunstungsverluste viel größer als in der vorbergbaulichen Zeit bleiben. Das heißt aber auch, bis zum abschließenden Ausstieg so viel Kohle wie irgend möglich in der Erde zu lassen, um die laufenden schwerwiegenden hydrologischen Eingriffe zeitlich deutlich zu begrenzen.

Auf weitere Probleme wie die bergbaubedingte Beeinträchtigung der Oberflächenwasser-Qualität durch Eisenocker und Sulfat, den Wasserentzug in tagebaunahen Seen unserer Region oder die Diskussion um extrem teure Flusswasser-Überleitungen in Zeiten der Klimakrise sei an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht eingegangen.